Höxter hat noch immer keinen Haushalt

Der Rat tagt am Donnerstagabend und dennoch gibt es keine Entscheidung. Aber nicht etwa, weil sich die Parteien nicht einigen können.

Nicole Fischer

Bürgermeister Daniel Hartmann (fünfter, v.l.) kann nur noch müde lächeln. Der Haushalt der Stadt Höxter ist noch immer nicht verabschiedet worden. Foto: Nicole Fischer

Höxter. Es war die Sitzung, die alle mit Spannung erwartet hatten. Selbst die Besucherplätze im historischen Ratssaal waren gut gefüllt. Immerhin sollte der Rat der Stadt Höxter am Donnerstagabend über den Haushalt beraten und ihn beschließen – oder ablehnen. Doch dazu kam es gar nicht erst.

Pünktlich um 18 Uhr eröffnete Bürgermeister Daniel Hartmann die Sitzung. Zahlreich waren die Ratsmitglieder erschienen. Und es gab Redebedarf. Doch für das eigentliche Thema, den Haushalt, hat es nicht gereicht. Ein Schuldiger wurde am Ende schnell gefunden. Ohnehin wehte durch den Ratssaal trotz sommerlicher Temperaturen ein eisiger, rauer Wind.

Aber von vorn. Es gab Formalien zu klären, Berichte zu hören und Bekanntgaben zu machen. Erst dann wurde es ernst mit den ersten Beschlüssen. So wurde unter anderem die Ausweitung der Hausaufgaben- und Nachmittagsbetreuung für die Jahrgangsstufen 5 und 6 des König-Wilhelm-Gymnasiums und der Hoffmann-von-Fallersleben-Realschule sowie die Aufstockung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen (Petrischule und Nicolaitor) wie zuvor im Sozialausschuss einstimmig beschlossen (die NW berichtete).

Zumindest in der Theorie, denn in der Praxis finden die Beschlüsse nur Anwendung, wenn auch der Haushalt genehmigt wird. Das machte Kämmerer Martin Finke auch noch einmal mehr als deutlich. „Eine Haushaltssatzung muss im Laufe des Jahres zustande kommen“, sagte er. Und er erklärte auch, wie die laut Gemeindeordnung zustande kommen muss: „Man kann als Rat nicht einfach sagen, der Haushalt ist Mist, leg mir einen neuen vor.“ Stattdessen habe der Rat konkrete Änderungsvorschläge vorzulegen und zu beschließen.

Passiert das nicht, könnten einige Dinge nicht durchgeführt werden: „Förderung Musikverein: gestrichen, Förderung Jacob Pins: gestrichen, alle freiwilligen Ausgaben: gestrichen.“ Auch alle neu angemeldeten Investitionen, für die in 2025 erstmalig Mittel bereitgestellt worden sind, könnten nicht durchgeführt werden, zählte der Kämmerer wenige Beispiele auf.

„Heißt aber auch, wir können den Haushalt noch bis Ende des Jahres beschließen“, schlussfolgerte Ralf Dohmann (BfH) und brachte noch einmal den Arbeitskreis Haushaltssicherung ins Spiel und damit die Verwaltung auf die Palme. „Ich habe von niemandem konkrete Verbesserungsvorschläge gehört. Einfach zu sagen, ich lehne es ab, ist keine Option“, sagte Finke.

Und auch Bürgermeister Daniel Hartmann wurde erstmals lauter in der Sitzung: „Wir haben Stunden um Stunde zusammen gesessen, mit allen, und haben jede Position, jeden Cent umgedreht. Sie hatten in diesem Verfahren so viele Möglichkeiten, Einsparvorschläge einzubringen. Jetzt zu sagen, wir können das doch noch weitermachen, wir hatten noch nicht so die Möglichkeit, lasse ich nicht gelten.“

„Ich sitze seit 31 Jahren im Rat, ist die Not so groß, dass man uns das hier heute so präsentieren muss?“, fragte dagegen Günther Ludwig (CDU). Unternehmen hätten bereits gelacht, sie wären pleite, würden sie ihre Wirtschaftspläne ein halbes Jahr später machen – so wie die Kommune, berichtete Ludwig. „Es ist nur wichtig, dass Sie verstehen, dass ihr Handeln Konsequenzen hat. Und fragen Sie das Unternehmen, ob's schon pleite wäre, wenn 42 Leute beim Wirtschaftsplan mitreden“, entgegnete der Kämmerer in Richtung der 42 Ratsmitglieder.

Zum Verständnis: Die Stadt Höxter ist massiv überschuldet, hat einen Etat von minus 23 Millionen Euro. Ein Arbeitskreis hatte im vergangenen halben Jahr versucht, Einsparungen ausfindig zu machen. Geeinigt werden konnte sich bis heute nicht.

Das wurde auch beim Antrag von Bündnis 90/Die Grünen deutlich, die ihrerseits ein Zeichen setzen wollten und vorschlugen, Aufwandspauschalen und Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder, Ausschussvorsitzende und Bezirksverwaltungsstellenleiter zu kürzen. Auch die Fraktionsaufwendungen sollten halbiert werden. Immerhin insgesamt Einsparpotenzial von etwa 106.000 Euro, so die Grünen. „Das würde vielen Kommunalpolitikern gut zu Gesicht stehen, ihren Beitrag zu leisten“, so Volker Bertram (Grüne).

Allerdings stand er damit wohl allein da. „Der Ausschuss tagt vielleicht nur zwei bis drei Mal, dennoch werden die Vorsitzenden jeden Tag angerufen wegen irgendwelcher Belange. Das spiegelt überhaupt nicht deren Qualität wieder, die sie leisten“, sagte etwa Martin Hillebrand (FDP). Die Konsequenz: Der Antrag wurde vertagt. Wie so viele andere Anträge an diesem Abend auch, zuvor wurde allerdings diskutiert. Mehrfach stellte Günter Wittmann (SPD) einen Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion abzubrechen und endlich abzustimmen – immer mit Blick auf die Uhr. Doch jedes Drängen nutzte am Ende nichts. Kurz vor 21 Uhr die bittere Wahrheit: Drei Stunden Sitzung sind so gut wie rum, noch keine einzige Haushaltsrede der Fraktionen vorgelesen. „Ich möchte nicht, dass die CDU ihre vorliest und wir das Ganze danach abbrechen“, sagte Wittmann.

Also die nächste Abstimmung: Sitzung bis zum Ende durchziehen? Dafür fand sich keine Mehrheit. Auch Ludger Roters (Grüne) Vorschlag, über den Haushalt abzustimmen ohne Reden, fand keine Mehrheit. Unter anderem die CDU und die UWG waren dagegen und auch die BfH war nicht einverstanden: „Wenn wir keine Reden mehr halten dürfen, dann sind wir in diesem Gremium verstummt“, so Ralf Dohmanns Fazit.

Ende vom Lied: Die Haushaltsabstimmung wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. „Zeitnah“, wie Volker Bertram (Grüne) forderte. Doch der Bürgermeister hatte bereits einen Termin parat: „9. Juli, 18 Uhr“. Auf erste Urlaubsmeldungen an diesem Tag ging er nicht ein. „Zu viel Kleinkram vorher auf der Tagesordnung“, sagte Günter Wittmann (SPD), „unmöglich, wie sie uns hier angehen“, wütete Günther Ludwig (CDU) und hatte auch gleich einen Schuldigen parat: „Sie haben es nicht hingekriegt, die Sitzung so zu führen, dass wir den Haushalt besprechen“, sagte er in Richtung Daniel Hartmann. Der schwieg.

Die nächste Runde folgt in gut zwei Wochen. Enttäuscht verließen zumindest die Zuschauer den Sitzungssaal.

Hat die Stadt ein Vandalismusproblem?

Kaputte Alltagsmenschen, zerstörte Laternen: Bürgermeister will Prämie für Zeugen ausloben.

Höxter (nin). Zerstörte Lampen, kaputte Bänke, demolierte Alltagsmenschen: Die Vandalismusschäden in der Stadt Höxter häuften sich in der Vergangenheit. Dem will der Bürgermeister ein Ende setzen und schlug dem Rat der Stadt Höxter eine Aufklärungsprämie vor: 20.000 Euro pro Jahr.

„So können wir Vandalismus vermeiden, wenn es sich rumspricht“, hofft der Bürgermeister. Geplant ist, das Geld als Prämie zu nutzen: Wer zur Aufklärung von Schäden beiträgt, soll eine Summe X erhalten. „1.000 bis 1.500 Euro pro Fall“, schlägt Daniel Hartmann vor. 20.000 Euro insgesamt – eine Summe, die „im Verhältnis zu den Schäden, die hier tagtäglich passieren, gering“ ist, so Hartmann.

Martin Hillebrand (FDP) unterstützte zumindest grundsätzlich die Idee. „Es zeigt, wie hilflos wir dem Vandalismus im öffentlichen Raum entgegenstehen“, warb er für Verständnis für den Vorschlag. Immerhin sei eine ganze Etage im Parkhaus wegen Vandalismus gesperrt, wodurch der Stadt Parkeinnahmen fehlten, sagte er. Allerdings sei die Summe von 20.000 Euro „heute nicht zu generieren“. Dennoch, eine generelle Ablehnung sollte überdacht werden, forderte Hillebrand. Das sah Ralf Dohmann (BfH) anders: „Das wird den Zusammenhalt nicht fördern“, fürchtete er. Und auch Günther Ludwig (CDU) fand deutliche Worte. „Es geht um Sachbeschädigung in Höxter, diese Nummer so hochzuziehen, klingt als seien wir eine sehr vandalismusträchtige Stadt, das möchte ich nicht“, sagte er. Dieses „Kopfgeld“ sei „absolut überhöht“ machte er deutlich und zog einen Vergleich zur Sendung „Aktenzeichen XY“, bei der Hinweisgeber teilweise Prämien ab 3.000 Euro erhalten. Der Christdemokrat warb dafür, im konkreten Fall mit Augenmaß zu handeln und die Entscheidung dem Bürgermeister zu überlassen. „Aber so eine Summe, nur um Hühnerdiebe zu fangen“, dem könne er nicht zustimmen.

So wie viele seiner Ratskollegen auch. Zwar waren sich die Parteien untereinander nicht einig, die Mehrheit sprach sich dennoch gegen den Antrag aus – nachdem Günter Wittmann (SPD) erneut den Antrag zur Geschäftsordnung stellte, die Diskussion abzubrechen und zur Abstimmung zu kommen – das brachte ihm ein „Das ist unverschämt“ von Günther Ludwig ein.

UWG fordert Überwachung des Bürgermeisters

Die Kritik an den enormen Personalkosten der Stadt Höxter ist groß. Daniel Hartmann plädiert für Transparenz, weist eine Idee der UWG aber als Bürokratiemonster zurück.

Nicole Fischer

Höxter. Zumindest eine Entscheidung ist am Donnerstagabend im Rat gefallen, wenngleich der Vorschlag der Verwaltung mehrheitlich abgelehnt wurde – und damit vielleicht schon einen Vorgeschmack auf die Haushaltsabstimmung gibt? Es geht um den Stellenplan.

Die Verwaltung hatte den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 vorgelegt. Im Wesentlichen bleibt die Anzahl der Gesamtstellen auf demselben Niveau wie im Vorjahr. „Insgesamt gibt es bei den Beamtinnen und Beamten eine Stelle mehr, bei den tariflichen Beschäftigten eine Stelle weniger“, heißt es in der Sitzungsvorlage.

Dennoch, Zustimmung fand der Vorschlag der Verwaltung nicht. Während SPD und Grüne für den Stellenplan plädierten, stimmte der Rest mit Nein. Damit ist der Stellenplan für 2025 abgelehnt, der alte behält seine Gültigkeit, erklärte Bürgermeister Daniel Hartmann.

Stattdessen gab es einen Antrag der UWG. „Es gibt enorme Personalkosten“, bilanzierte Michael Schuster. Diese stammen teilweise als Überhang aus früheren Zeiten. „Das soll auf Dauer nicht so weitergehen“, sagte er. Der Bürgermeister habe die Hoheit über die Personalien, doch die UWG forderte, dass der Rat diese „Hand in Hand mit der Verwaltung überwache“, so Schuster.

So fordere die UWG einen weiteren ständigen Arbeitskreis. Dieser solle über die Entwicklung der Personalien, Neubesetzungen, aber auch Notwendigkeiten diskutieren. „Ziel ist nicht zu entscheiden“, sagte Schuster, aber eine gesteuerte Personalentwicklung unerlässlich, die die UWG auf eine breitere, fachliche Grundlage stellen möchte, um sparsamer zu werden. „Es geht nicht darum, dem Bürgermeister in seiner Personalentwicklung reinzudirigieren“, betonte er.

„Es geht um Transparenz, da halte ich viel von“, sagte Bürgermeister Daniel Hartmann. Dennoch erklärte er, dass die gesetzliche Regelung es vorsehe, dass der Bürgermeister die Organisations- und Personalhoheit habe. Er verstehe, dass man manchmal nicht weiß, was hinter manchen Entscheidungen steckt, aber nur sprechenden Menschen könne geholfen werden. Solche Dinge könnten im fortgeführten Arbeitskreis zur Haushaltssicherung besprochen werden.

Aber er warnte vor einem „Bürokratiemonster“, das nötig sei, um jede Personalentscheidung – die täglich oder wöchentlich fallen – dem Rat oder Arbeitskreis fachgerecht zu erklären.

Die anderen Fraktionen waren schon jetzt von der Bürokratie überrascht, der Antrag war erst in der Sitzung verteilt worden. „Das ist zu komplex, ich bitte darum, den Antrag in die Fraktionen zu verweisen“, sagte Volker Bertram (Grüne). Das fand auch Günter Wittmann (SPD): „Es ist zwar schon alles gesagt, aber ich hab es noch nicht gesagt: Über so einen Monster-Antrag kann ich nicht ad hoc entscheiden.“

Mehrheitlich wurde der Antrag an die Fraktionen verwiesen.

Der Rat der Stadt Höxter hat den Stellenplan für das Jahr 2025 abgelehnt. Foto: Nicole Fischer